

Samstag, 12. August 2023, Hersfelder Zeitung / Lokales

Hochbrücken-Kritiker planen Runden Tisch

Aktivisten beklagen Einschüchterung

Bad Hersfeld – Die Kritiker des sogenannten Ersatzneubaus für die Bad Hersfelder Hochbrücke wollen sich nicht einschüchtern lassen und geben nicht auf: Deshalb plant das Aktivbündnis Waldhessen in Kürze einen „Runden Tisch“ einzuberufen. Im Vorfeld der nächsten städtischen Gremiensitzungen sollen dort in nicht-öffentlicher Runde die Vorteile, Nachteile und Risiken des laufenden Planfeststellungsverfahrens zum „Ersatzneubau“ der Hochbrücke Peterstor für Bad Hersfeld mit Fachleuten und den Entscheidungsträgern der Stadt diskutiert werden.

Angesichts der Bedeutung dieses Bauprojekts für die Weiterentwicklung der Stadt, erscheine es absolut notwendig, das Für und Wider darzustellen, vor der abschließenden Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, teilen Thomas Bös und Doris Hoffmann von der Klima-Initiative mit, die auch an dem Runden Tisch teilnehmen werden. In der HZ hatten sich die Fraktionsvorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Parteien allerdings klar gegen eine Klage gegen das geplante Bauvorhaben ausgesprochen.

Sie erinnern in diesem Zusammenhang an den Masterplan Mobilität und Verkehr für Bad Hersfeld, der vom Stadtparlament einstimmig angenommen worden ist. „Es handelt sich also um den Willen der Stadt insgesamt“, betonen Bös und Hoffmann. Im Masterplan werde die ICE-Bahntrasse und Hochbrücke als ein Kreuzungsbauwerk und die Hochbrücke als Neubau eingestuft. Im Masterplan werde für eine Trog-Führung, also eine Tieferlegung der Bahntrasse und eine ebenerdige Straßenführung anstelle einer autogerechten Brücke plädiert.

Im Juni hatten Mitglieder des Lärmschutzbeirats ein juristisches Gutachten erstellen lassen, um die Rechtsgültigkeit der bisherigen Planungen der staatlichen Straßenbaugesellschaft DEGES prüfen zu lassen. Das Gutachten kam zu dem Urteil, dass die DEGES-Planung grundsätzliche Fehler aufweise (wir

berichteten).

„Bewertet man die Inhalte des Masterplans als auch des Gutachtens kommt man zu dem Schluss, dass sich übergeordnete Behörden hier arrogant und leichtfertig über Bürger- und Umweltschutz-interessen hinwegsetzen wollen. Durch politischen Druck von oben wird versucht, die Stadt mit Drohungen einzuschüchtern“, erklären Doris Hoffmann und Thomas Bös.

Das wollen der Lärmschutzbeirat, das Aktivbündnis Waldhessen und die Klima-Initiative nicht hinnehmen, denn die DEGES-Lösung „würde jegliche Umweltschutzbemühungen im Sektor Verkehr zunichtemachen“, heißt es in der Stellungnahme. kai